

Aufgaben der modernen Arbeiterpolitik.

Von Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein,
Mitglied des österreichischen Herrenhauses.

Im Nachstehenden folgen wir den Ausführungen, die Prinz Alois von und zu Liechtenstein auf dem letzten Abende der Gesellschaft für Christliche Soziologie vortrug. Die Darlegungen des Chefs der christlich-sozialen Partei beanspruchen die höchste prinzipielle Bedeutung für die praktische christliche Sozialpolitik in Oesterreich. Sie enthalten ein fundamentalprogramm.

Die Redaktion.

Ich fürchte, daß ich durch meine heutigen Darlegungen eher befremden als überzeugen werde. Es ist das gewöhnliche Schicksal der Leute, welche für eine schwierige Frage eine verhältnismäßig einfache Lösung bieten. Sie liegt in der Tat weit ab von den ausgehenden Wegen. Es ist jedoch die Pflicht des Mannes, der im öffentlichen Leben steht, die Wahrheit, die er erkannt hat, ohne Umschweife und möglichst klar auszusprechen.

Es ist gerade jetzt die höchste Zeit, sich mit der Lösung der sozialen Fragen ernstlich zu befassen. Der Umsturz in Rußland, die Ankündigung einer Wahlreform für Preußen durch den deutschen Reichszentraler Bethmann-Hollweg und durch Seine Majestät unseren Kaiser für Ungarn an den Grafen Tisza, lassen sich nicht anders deuten, als daß die Bestrebungen der europäischen Lohnarbeiterschaft einer ganzen oder teilweisen Erfüllung entgegenzueilen. Praktischen Erfolg haben die Wünsche der Lohnarbeiter, so weit sie berechtigt sind, bisher nur in Australien und Neuseeland gefunden. Dort ist der Ruhepunkt, die Gleichgewichtslage so ziemlich erreicht. Es steht der Öffentlichkeit eine kleine Arbeit, die ich vor ein paar Jahren darüber geschrieben habe, zur Verfügung. Man kann daraus das Wesentliche über die dortige wirtschaftlich legislative Entwicklung erfahren.

Wir müssen genau unterscheiden zwischen der Lohnarbeiterschaft und der Sozialdemokratie, der Partei, welche derzeit die überwiegende Masse derselben politisch führt.

Parteien wachsen und schrumpfen, verwandeln sich bis zur Unkenntlichkeit bei gleichbleibendem Namen; unverändert erhält sich nur die Sehnsucht des Volkes nach besserem Wohlergehen.

Die Ziele der Arbeiterschaft sind berechtigt und erreichbar; jene der Sozialdemokratie sind weder das eine noch das andere. Die Arbeiter streben festen Besitz, zunehmendes Auskommen, geistigen und materiellen Fortschritt an; also einen Zustand, welchen im Mittelalter die gewerbliche Bevölkerung trotz höchst primitiver technischer Hilfsmittel durch Jahrhunderte in allen christlichen Ländern genossen hat.

In unserer technisch so hoch entwickelten Kultur, nach so glänzenden Entdeckungen und Erfindungen, welche die Arbeit erleichtern, haben die Arbeiter unserer Tage ohne Zweifel den Anspruch, dieses Ziel ebenfalls zu erreichen.

Die Sozialdemokratie hingegen begehrt die Vergesellschaftung der Betriebs- und Arbeitsmittel, also die Beraubung anderer sozialer Klassen. Das ist angesichts der durch die Maschinerie, die Arbeitsräume, und das Reihkapital bedingten Konzentration eine Utopie und gegenüber anderen ehrlich erwerbenden Klassen ein Unrecht.

Mit diesem grundstürzenden Programm verqu coasten republikanische Tendenzen und Feindschaft wider die christliche Religion, ja wieder jeden positiven Glauben; also Forderungen, die unseren heiligsten Gefühlen Hohn sprechen und mit der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiter wahrhaftig nichts zu tun haben.

Die Existenz und das bedrohliche Anschwellen der Sozialdemokratie ist ein Symptom einer Erkrankung der modernen Völker. Wir sind alle daran schuld: die Staaten und ihre Bürokratien, die Gesellschaft und ihre erwerbenden und gebildeten Klassen, die politischen und nationalen Parteien, und ihr Haber unter einander, der sie ablenkt von höchst dringenden unausschiebbaren Reformen. Mitunter kommen sie mir vor wie Leute, die auf dem Bahngelände, während der Schnellzug heranbraust, achtlos weiter balgen! Die Sozialdemokratie ist ein Symptom, nicht die Ursache des Übels, noch weniger eine Arznei desselben. Sie nährt sich von der Unzufriedenheit der industriellen Volksmassen und so viel sie vermag, steigert sie diese Unzufriedenheit.

Ich erwähnte, daß wir alle schuld sind an der akuten Verschlimmerung der sozialen Frage: Staat, Gesellschaft, Parteien. Der Staat, weil er bisher nur für die

äußere Ordnung innerhalb seines Gebietes sorgt, und nicht die Ordnung der Güterproduktion, die richtige Verteilung des Ertrages ins Auge faßt. Die Gesellschaft, weil instinktiv jede Klasse nur den eigenen Vorteil und die eigene Elbogenfreiheit sucht, statt des Gemeinwohls zu denken, dem sich doch alle unterordnen müssen; die Parteien, weil sie, von politischen und nationalen Schlagworten beherrscht, nur zu oft die konkreten, materiell praktischen Bedürfnisse des Volkes übersehen.

Drei Elemente sind es, deren Zusammenwirken den Erfolg der modernen Großindustrie bedingt:

Der Bankkredit des mobilen Kapitals;

die Führerschaft des Unternehmertums;

die physische Kraft der Lohnarbeiter.

Keines dieser drei Elemente ist entbehrlich. Sie sind historisch unzertrennlich, sind miteinander verwachsen und groß geworden. Von ihrer Harmonie hängt das Gedeihen, ja der Bestand der Großindustrie ab. Jeder Uebergrieff eines dieser Elemente wirkt störend aufs Ganze, stellt es in Frage, denn sie ergänzen einander wie Nahrung, Muskelkraft und Seele im menschlichen Körper. Freilich hat jeder Teil in diesem komplizierten Organismus spezielle Interessen, die er zu wahren entschlossen ist. Die moderne Gütererzeugung fußt auf dem energischen Triebe, unter eigener voller Verantwortung möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Es ist naive und gefährliche Schwärmererei, sich die Großindustrie ohne Reihkapital und ohne Unternehmertum vorzustellen. Man läßt sich ebenso gut einen Dampfer ohne Kapitän und ohne Feuerung denken. Wir haben die immerhin heikliche Mission, alle drei Elemente in jene Schranken zu weisen, welche der Zweck erheischt.

Das Geldkapital sucht Prozente und Sicherheit, das Unternehmertum Nutzen, womöglich Reichtum. Ohne diese Aussicht ziehen sie sich aus dem Geschäft zurück und es liegt darnieder.

Der Gesetzgeber hat mit dem menschlichen Erwerbstriebe zu rechnen, ihn als selbstverständlich anzuerkennen und ihn nur aus sittlichen Motiven und aus Rücksichten des Gemeinwohles auf das erlaubte Maß einzudämmen.

Das dritte für uns Christlichsoziale wichtigste, an erster Stelle zu bewertende Element der Gütererzeugung, die Lohnarbeiterschaft, strebt die Sicherung und fortschreitende Hebung ihres Einkommens, nebstbei eigenen festen, unverlierbaren Besitz an.

Es ist unsere Pflicht, im Interesse des Friedens und des Fortschrittes der modernen Gesellschaft die Arbeiterschaft zu einem neuen Mittelstande emporzuheben. Nur solche Parteien haben in unserer demokratischen Zeit eine Zukunft, die in ihr Programm die Förderung der Lohnarbeiterschaft als einen Hauptpunkt aufnehmen.

Ohne einen zwar vorsichtigen und schonenden, aber doch entschiedenen Eingriff der Staatsgewalt als oberster Instanz des Volkswillens läßt sich nicht in dieser schwierigen Materie abhelfen. Fort mit dem Manchestertum, dem Laisser faire, Laisser aller! Während des Weltkrieges, der ja eine neue Aera wenn auch keine Erneuerung der Menschheit zu bringen scheint, hat sich die Staatsgewalt schon um der Notdurft der Völker zu genügen, in manche Bereiche eingemischt, die ihr bis dahin fremd waren; nicht immer mit Glück und Geschick, weil ihr die Erfahrung fehlte. Mögen unsere Staatslenker ja nicht glauben, daß sie nach Friedensschluß die Hände in den Schoß werden legen dürfen. Die Zeit, ihre Neutralität in Fragen der Volkswirtschaft sind ein für allemal vorüber. Sie werden wie der Deus ex machina in der antiken Komödie einschreiten müssen, um die ersten sozialen Probleme, die unser harren, zu lösen.

Bisher hat die Masse der Industrie- und Bergwerksarbeiter, das sogenannte Klassenbewußte Proletariat, nebst dem Tribute an die Sozialdemokratie für ihre Wahl- und Wählarbeit, regelmäßige Einzahlungen an die Gewerkschaftsklassen geleistet, welche die Erspar-

nisse während der ungestörten Arbeitsperioden im Falle eines Streiks für den Unterhalt der Feiernden ausgeben.

Das bedeutete eine doppelte Einbuße: Selbst im Falle siegreichen Ausgangs des Streiks waren die Ersparnisse der Arbeiter verloren und der Lohnentgang während der Dauer erzwungenen Stillstandes der Geschäfte war ebenfalls höchst empfindlich. Der Streik ist also wie jeder Krieg eine zwar mitunter notwendige Anwendung der Selbsthilfe, er ist aber ein zweischneidiges Schwert, das nicht bloß den Unternehmer, sondern auch die Arbeiter verwundet, nebstbei auch die Allgemeinheit hart trifft, weil die Produktion stille steht, also verteuert wird. Der Streik ist zumeist auch eine überflüssige Kraftprobe, weil bei günstiger Konjunktur die Löhne, schon um sie auszumühen, vom Unternehmer freiwillig erhöht werden, bei flauem Geschäftsgange der Streik von ihm als willkommener Anlaß begrüßt wird, um Halbtagarbeit einzuführen oder die Fabrik zu sperren. Der Streik ist also eine abnorme, unheilvolle, eine eminent antisoziale Erscheinung, eine eiternde Beule, ein Tumor, der unsere moderne Kultur verunstaltet; ein Klassenkampf, der bei Siegern und Besiegten leidenschaftliche Bitterkeit hinterläßt; eine Spannung zwischen Klassen, deren friedliches Einbernehmen gerade die Vorbedingung des Erfolges ist.

Wir finden, daß dem Staate, der bis nun bloß ein Polizeiaufgebot zur Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung bietet, eine edlere, vornehmere, gottgewollte Rolle geziemend würde, daß er zu diesem Zwecke als natürlicher geborener Unparteiischer das Schiedsrichteramt auszuüben hat. Nicht jedoch bloß im Falle der Not, wann schon das Feuer am Dache ist, sondern ständig und ununterbrochen: Ich denke mir permanente Behörden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, unter Vorsitz staatlicher Funktionäre tagen, welche letztere dirigieren und als oberste Instanz entscheiden.

Freilich muß ihr Urteil ausführbar, für beide Teile annehmbar lauten. Es seien die notwendigen Vorbedingungen hierfür, ja für die Funktion des staatlichen Schiedsrichteramtes überhaupt aufgezählt:

Erstens eine ausgiebige Schutzzölle, welche die inländische Produktion gegen den Einbruch der fremden Konkurrenz verteidigen.

Zweitens obligatorische Kartellierung der Industrie mit einer Staatsaufsicht, welche Produzenten und Konsumenten gleichmäßig berücksichtigt.

Drittens eine Kontrolle des Staates über die Geldinstitute, welche der Industrie einen fortlaufenden, billigen, kulanten Bankkredit unter allen Umständen gewährleistet.

Ich bin gewiß Autonomist, keineswegs ein Freund der Staatsallmacht; aber es gibt Gebiete, welche bisher individueller Willkür anheimgegeben waren, welche der Staat, um das Gemeinwohl zu wahren, einschränken müssen.

Erstens: Wir bedürfen eines ausgiebigen Schutzzölles. Ihre Blüte verbannt jede Industrie anfänglich und auch andauernd dem protektionistischen System. Das ist eine historische Tatsache, an welcher die Phrasen des Händlertums nie rütteln werden. Auch ihre Exportfähigkeit gründet sich zunächst auf der Beherrschung des heimischen Marktes.

Das jüngste Schlagwort von Mitteleuropa in allen Ehren! Ein glänzender Schriftsteller hat uns damit geblendet aber nicht überzeugt. Wie jeder Mensch sich selbst der Nächste ist, so nimmt die vaterländische Produktion vernünftiger- und berechtigterweise das eigene, nächstliegende Absatzgebiet in Anspruch; auf dieses nimmt sie in erster Linie Bedacht.

Zweitens: Wir brauchen die obligatorische Kartellierung der Großindustrie unter staatlicher Aufsicht. So wie die Betriebe gegen ausländische Konkurrenz des Zollschutzes bedürfen, ist es auch notwendig, daß sie sich gegen die Schleuderpriese der eigenen Erwerbsgenossen wehren können.

Der Bedarf des inländischen Konjums würde also beiläufig, schätzungsweise festgestellt, dementsprechend die Produktion unter den Betrieben vom Staate repariert und der Verkaufspreis fürs Inland vom Staate fixiert. Nur die den inländischen Konsum übersteigende Produktion für den Export ins Ausland wäre von der Preisregulierung ausgenommen. Damit ist der Ertrag der industriellen Großbetriebe dem Risiko entzogen und so ziemlich sichergestellt.

Es muß aber noch eine dritte Kategorie von Maßnahmen hinzutreten, um die Unternehmer vollends aus der Gefahrenzone eines eventuellen Defizits herauszuführen. Der Staat, als Repräsentant des Volkes, sollte eine weit eingehendere Kontrolle über die Geldinstitute erlangen, als jene, mehr minder nominelle, die ihm jetzt zusteht. Der Kreis seiner Kompetenz sollte erweitert werden. Wie alles und alle sich gewisse Schranken gefallen lassen, möge in Zukunft auch der Profit, der aus dem Kredite erfließt, das Maß des sittlich Erlaubten und Gemeinnützigen nicht übersteigen. Das mobile Kapital soll das Erwerbsleben befruchten, nicht bedrücken. Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben uns gelehrt, daß die Warenabteilungen vieler Banken Wucher und Preistreiberei im großen sich leider zu Schulden haben kommen lassen. Einige wenige Raubfische zappeln im

er
bung
unter
in
rück
iden,
das
erst
erter
Seien
geln,
e ge
oder
it zu
nach
dem
form
so
schaft
deren
den
von
aus
und
naki,
ulich
lasen
wird
eider
zial-
Der
ides;
aner,
die
harte
enen
eifer